

Gemeinsame Pressemitteilung der Mitteldeutschen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände

Zu hoher Mindestlohn bedroht das soziale Leben, vor allem im ländlichen Raum – Lebensqualität lässt sich nicht herbeifördern

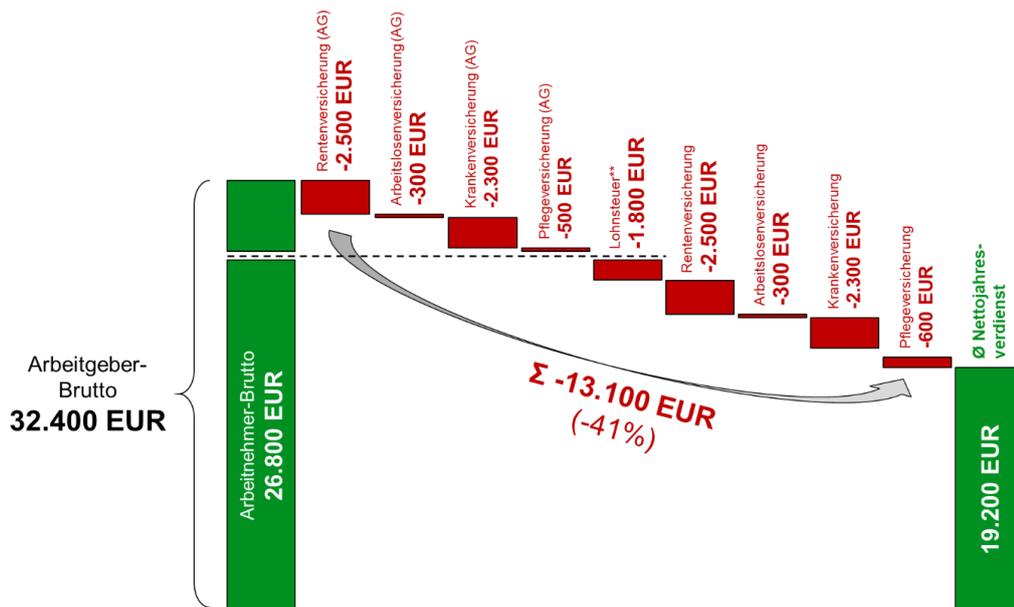
Magdeburg, 26. Juni 2025

Deutschland ist kein Billiglohnland. Unsere Unternehmen sind im internationalen Vergleich äußerst produktiv und zahlen deshalb hohe Löhne. Der deutsche Staat untergräbt diese gute Ausgangslage durch eine überzogene Steuer- und Abgabenbelastung. Dazu muss man nicht zu den Spitzenverdienern gehören, schon bei Mindestlohnempfängern wird kräftig zugelangt.

Eine Vollzeit-Arbeitskraft (40 Stunden/Woche) kostet einen Arbeitgeber schon beim aktuellen Mindestlohn von 12,82 EUR im Jahr rund 32.400 EUR. Doch davon bleibt dem Arbeitnehmer nicht viel übrig: Steuern und Sozialabgaben summieren sich auf 13.100 EUR. Mit anderen Worten: Über 40 Prozent dessen, was zuvor erwirtschaftet werden musste, fließen in der einen oder anderen Form an den Staat. Dem Arbeitnehmer verbleiben am Ende nur noch 19.200 EUR.

Das eigentliche Problem sind nicht die zu geringen Löhne, sondern die Belastung der Arbeitsleistung, die zu hoch ist. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass sich Arbeiten oftmals nicht lohnt. In keinem anderen Land ist die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit so gering ist wie in Deutschland (1.343 Stunden gegenüber 1.742 Stunden im OECD-Durchschnitt) und unmittelbar mit der hohen Abgabenbelastung von Arbeit verknüpft. **Wer für soziale Gerechtigkeit eintritt, muss für eine Entlastung der Arbeit von Steuern und Abgaben sorgen. Der Mindestlohn löst dieses Problem nicht.**

40% ABZUG: BRUTTOVERDIENST UND ABGABENLAST EINES MINDESTLOHNEMPFÄNGERS



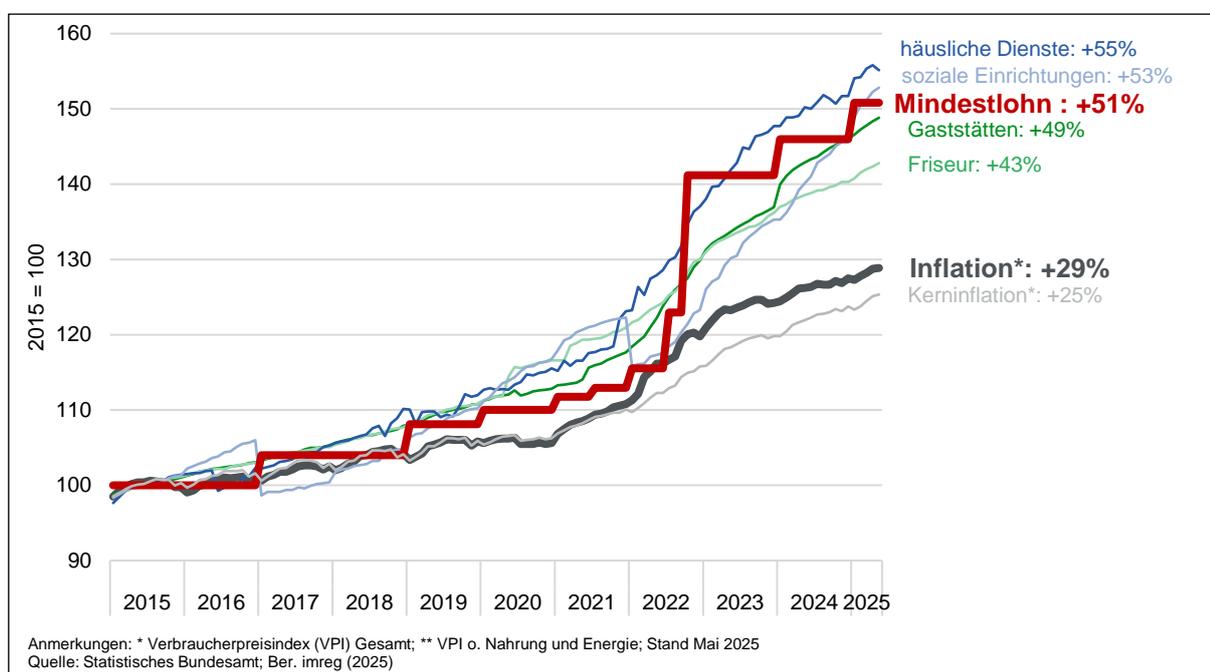
Anm.: Berechnung für das Steuerjahr 2025, Steuerklasse I, keine Kinderfreibeträge; gerundet auf ganze Hundert, Quelle: Ber. imreg (2025)



15 Euro Mindestlohn sind angesichts der aktuell angespannten wirtschaftlichen Lage im dritten Jahr der Rezession realitätsfremd. Das wäre innerhalb von zwölf Monaten ein Plus von 17 Prozent. Lohn- und Gehaltsstrukturen würden sich unverhältnismäßig verändern. Gerade für kleine Handwerksbetriebe wie Friseursalons und Gaststätten ist es dadurch immer schwieriger geworden, erforderliche Umsätze zu generieren. Wenn die mindestlohngetriebenen Preise in personalintensiven Branchen zu hoch sind, konsumieren die Kunden nicht oder weniger (z.B. Fast-Food-Imbiss statt Restaurant) oder greifen im schlimmsten Fall auf Schwarzarbeit zurück.

Insbesondere im ländlichen Raum wird ein politisch beeinflusster Mindestlohn – der sich von der realen Produktivität entkoppelt – somit zum Katalysator für das Sterben sozialer Orte und dünnt die Infrastruktur an Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben aus. Erfahrungsgemäß reagiert die Politik oft mit Programmen zur „Revitalisierung“ im ländlichen Raum mit der Hoffnung den Verlust an Lebensqualität auszugleichen. Doch wenn ein Betrieb erst einmal geschlossen ist, ist es dafür lange zu spät. Lebensqualität lässt sich nicht herbeifördern. **Ein zu hoher, von realen regionalen Marktverhältnissen entkoppelter Mindestlohn gefährdet das soziale Leben, insbesondere im ländlichen Raum. Damit gefährdet er aber auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.**

Mindestlohn und Preissteigerungen in dienstleistungsintensiven Bereichen



Jan Pasemann
Verbandssprecher
AWSA
0152 54594769
pasemann@vme.org

Thomas Kunz
Verbandssprecher
VSW
0172-7629842
thomas.kunz@hsw-mail.de

Dr. Ute Zacharias
Verbandssprecherin
VWT
0173 8899743
ute.zacharias@vwt.de